



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Die Vorsitzende

Deutscher Caritasverband
Herrn Präsidenten
Prälat Dr. Peter Neher
Karlstraße 40
79104 Freiburg

Berlin, 11. Juli 2011

Anlagen:

Katja Kipping, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35134
Telefon: +49 30 227-32487
Fax: +49 30 227-36030
ingrid.oehlmann@bundestag.de
arbeitundsoziales@bundestag.de

Dienstgebäude:

Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Straße 1
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Prälat,

der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat beschlossen, zu dem

- a) Gesetzentwurf der Bundesregierung
**Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der
Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**
BT-Drucksache 17/6277
- b) Antrag der Abgeordneten Katja Mast, Gabriele Lösekrug-
Möller, Anette Kramme, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der SPD
**Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit
orientieren - Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und
Fachkräftesicherung stellen**
BT-Drucksache 17/6454
- c) Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Agnes
Alpers, Jutta Krellmann, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion DIE LINKE.
**Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten und nachhaltig
finanzieren**
BT-Drucksache 17/5526
- d) Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Markus Kurth,
Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
**Arbeitsmarktpolitik - In Beschäftigung und Perspektiven
investieren statt Chancen kürzen**
BT-Drucksache 17/6319

eine **öffentliche Anhörung** durchzuführen.

Der Ausschuss lädt dazu eine/n Vertreter/in Ihrer Organisation
als Sachverständige/n ein. Stattfinden wird die Anhörung am



Montag, den 5. September 2011
in der Zeit von 11 bis 14 Uhr
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus 3.101
in Berlin.

Ich bitte Sie, mir sobald wie möglich mitzuteilen, ob Sie selbst teilnehmen werden oder wer Sie vertreten wird. Die Rückmeldungen sind mit **Angabe des Geburtsdatums** des Teilnehmers an das Ausschussesekretariat zu richten.

Eine Liste der eingeladenen Sachverständigen und Verbände sowie der Gesetzentwurf und die Anträge sind beigelegt.

Da aus Zeitgründen keine einleitenden mündlichen Erklärungen der Sachverständigen abgegeben werden können, bitte ich Sie, dem Sekretariat des Ausschusses bis zum **24. August 2011, 16:00 Uhr** eine schriftliche Stellungnahme im **word**-Format an die Emailadresse: **arbeitundsoziales@bundestag.de** zuzusenden. Es wäre günstig, wenn die Stellungnahme eine Zusammenfassung der wesentlichen Aussagen enthalten würde.

Kosten für die Teilnahme werden nicht erstattet.

Ich bitte darum, dass der Sachverständige diese Einladung und den Personalausweis am Sitzungstag mitbringt.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Kipping, MdB

Anlagen